

Frau Jung sagte, dass sie sich mehr von den Ergebnissen des Unterausschusses für Bürgerangelegenheiten erhofft habe. Die von ihr geäußerte Kritik sollte der Verwaltung Anlass sein, darüber nachzudenken wie man in der Zukunft Strukturen verbessert, Prozesse optimiert und den Umgang mit den Bürgern pflegt. Aus der Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion zu diesem Thema sei hervorgegangen, dass es eine erneute Prüfung zu einem möglichen Alternativstandort gegeben habe und dass dieser nicht geeignet sei. Es habe jedoch am 10.03.2015 eine Mail gegeben, aus der hervorgehe, dass dieser Standort also durchaus geeignet sei, vorausgesetzt, dass dort eine Bereinigung vorgenommen würde. In der Sitzung des UPV sei das Thema bereits am 31.01.2017 behandelt worden. Dort sei bereits über mögliche Unterflurcontainer als Alternative beraten worden. Von Herrn Gleß sei gesagt worden, dass die Stadt hierzu im Austausch mit der RSAG stehe. Es habe zudem schon im Jahr 2015 einen Antrag der Grünen zu der Thematik mit den Glascontainern gegeben. Im Jahr 2017 habe es also bereits einen Beschluss gegeben, sodass die Verwaltung schon längst hätte Standorte bestimmen müssen. Von einer Mitarbeiterin der RSAG sei zudem erklärt worden, was getan werden müsse, um in Sankt Augustin einen Unterflurcontainer herzustellen. Es müsse ein Antrag gestellt werden, der Kostenbeitrag (10.000 Euro) müsse abgeklärt werden. Es müsse sodann noch die Eignung eines Standortes geprüft werden. Die Aussage, dass Mittel erst dann zur Verfügung stünden, wenn sie von anderen Kommunen nicht abgerufen worden sind, sei falsch. In Sankt Augustin gäbe es bisher erst drei Standorte von Unterflurcontainern, die von Privatleuten auf ihren Privatgrundstücken etabliert worden seien. Für die Zukunft müsse die Verwaltung nun mal endlich Ergebnisse und Taten präsentieren. Glascontainer seien in der Nähe einer neu zu gestaltenden Stadtbahnhaltestelle nicht wünschenswert.

Herr Metz wiederholte nochmal, dass die Fraktion der Grünen bereits 2015 den Antrag gestellt hatte, sich intensiver mit dem Thema Unterflurglascontainer auseinanderzusetzen. Nun sei deutlich geworden, dass diesbezüglich zu wenig passiert sei. Für die Fraktion der Grünen sei es neu gewesen, dass die Verwaltung den Aspekt der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln als Hindernis gesehen habe. Dieses Problem könne dann unter dem noch ausstehenden TOP zum Nachtragshaushalt gelöst werden. Es müssten Perspektiven und Lösungen geschaffen werden, wie die Stadt in Zukunft in Zusammenarbeit mit der RSAG mit dem Probleme umgehe. Es sollten also möglichst zeitnah schon die ersten denkbaren Standorte in Angriff genommen und wenn möglich mit Unterflurcontainern ausgestattet werden. Im Hinblick auf die Bachstraße stelle sich die Frage, ob man hier nochmal über einen interimsmäßigen Standort für eine Zeit von mehreren Monaten nachdenkt oder ob dort direkt eine langfristige Lösung geschaffen werden könnte, dann eben mit Unterflurcontainern.

Herr Bäsch sagte, dass die SPD-Fraktion an einer langfristigen und nachhaltigen Lösung interessiert sei. Den jetzt betroffenen Anwohnern müsse in ihrer Situation jetzt aber auch kurzfristig geholfen werden. Wenn dort in nächster Zeit Unterflurcontainer entsprechend installiert werden könnten, sollte dies realisiert werden. Falls dies nicht möglich sei, müsse wie bereits von Herrn Metz angeregt, an einer interimswisen Lösung in der Bachstraße gearbeitet werden. Die Kommunikation zu dieser Angelegenheit sei in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit aber auch gegenüber den Fraktionen etwas unglücklich gewesen. Die Kommunikation durch die Stadt solle sich daher in Zukunft verbessern.

Herr Schmitz-Porten erinnerte daran, dass es immer wieder mal Diskussionen zu Glascontainern gegeben habe. Für derartige Probleme, also solche, die Bürger der Stadt in ihrem Alltag ganz unmittelbar betreffen, würde nicht nach zufriedenstellenden Lösungen gesucht. Nicht nachvollziehbar sei, wieso durch die Stadt nicht schon erste Unterflurcontainer, die ja schon länger, wie von Frau Jung erläutert, Thema seien, umgesetzt bzw. installiert würden. Der Hauptausschuss müsse also in dieser Sitzung endlich eine Lösung mit Unterflurcontainern herbeiführen, auch durch die Bereitstellung der entsprechenden Haushaltsmittel. Dies läge im Interesse der Bürger der Stadt.

Herr Schell merkte an, dass es wichtig sei zu klären, welche Summe für die Herrichtung eines Unterflurcontainerstandortes zu zahlen sei. Es sollte vermieden werden, die Bürger in die Situation zu bringen, alle so zu handeln wie die Bürger aus der Bachstraße und aus dem Holzweg und bei der Stadt vorstellig zu werden. Es müsse ein Lösungsansatz für das gesamte Stadtgebiet her. Sämtliche Standorte sollten überdacht und überprüft werden. Die Belästigungen durch die Container müssten langfristig behoben werden. An dem Franz-Josef-Halm-Platz, der als Alternative infrage käme, könnte es wiederum andere Probleme, bspw. mit dem Traföhäuschen geben.

Herr Gleß erklärte, dass es bei der Stadt Sankt Augustin, wie überall anders auch, bei der Beantwortung von Anfragen so organisiert sei, dass die betroffene Organisationseinheit eine Antwort erstelle. Diese Antwort gehe dann durch den Geschäftsgang und würde letztlich durch den Bürgermeister oder den zuständigen Dezernenten schlussgezeichnet. Das sei immer so. Die Beantwortung sei gesehen und mitgezeichnet und auch für gut befunden worden. Er, also Herr Gleß selbst, könne hier also gerne Vorgesetzter, als Dienstherr des Baudezernates als der Verantwortliche ausgeguckt werden, der sei er letztlich nämlich. Die Beantwortung einer Anfrage würde so eben abgewickelt werden. Er, Herr Gleß, habe die Beantwortung für gut befunden, befinde sie weiterhin für gut und stehe hinter dem Handeln der Verwaltung. 2017 habe man sich bereits im Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss (UPV) mit dem Thema beschäftigt, so wie schon einmal im Jahr 2015. 2017 sei bereits angekündigt worden, dass 2019 dann das Jahr wäre, in dem sich die Stadt in Zusammenarbeit mit der RSAG zukunftsorientiert anschauen wolle, wo im Stadtgebiet welche Stellen und unter Nutzung welcher finanziellen und technischen Ressourcen mit Unterflurcontainern bedient werden können. Weiterhin sei es wichtig, dass die Haushaltsmittel verfügbar seien, zum einen bei der Stadtverwaltung (Eigenanteil) und zum zweiten bei der RSAG. Es gäbe bei der RSAG Wartelisten von Kommunen. Es sei dahingestellt, ob das dann zur Ausführung komme. Diesen Kommunen sei dann möglicherweise, obwohl sie gerne solche Standorte hätten, der Zugriff darauf verweigert, weil sie sich in einem Haushaltssicherungskonzept befänden. Es müssten mit der RSAG noch weitere Einzelheiten abgestimmt werden. Mit der RSAG sei an diesem Tag noch gesprochen worden, mit der technischen Leitung. Es wurde vereinbart, zwischen der Stadtverwaltung und der RSAG zeitnah einen Termin stattfinden zu lassen. Die aktuell vorhandenen Standorte sollen überprüft werden. Es sollten dabei zudem zukünftige mögliche Standorte mit ins Kalkül gezogen werden. Dabei werde auch der Standort an der Bachstraße eine Rolle spielen. Am besten wäre es, wenn das gesamte Stadtgebiet mit Unterflurcontainern versehen werden könnte, zumindest an den Stellen, wo dies auch technisch, möglich sei. Es müsse im Einzelfall überprüft werden. Es könne nur

davor gewarnt werden, sich einen einzelnen Standort herauszupicken. Man müsse entsprechend, wie von Herrn Schell angedeutet, alle im Stadtgebiet vorhandenen Standorte unter die Lupe nehmen. Dann müsse ein weiterer Schritt getan werden und im politischen Raum diskutiert werden. Die Frage der Kosten sei bereits 2017 genannt worden. Es ginge um 10.000 Euro pro Standort. Dazu müssten jedoch auch noch die Kosten für Erdarbeiten hinzugerechnet werden. Hierauf sei in der entsprechenden Sitzung des UPV aus dem Jahr 2017 hingewiesen worden. Je nachdem auf welche Bodenverhältnisse man vor Ort treffe, könnten diese Kosten zwischen 2.000 und 5.000 Euro liegen, die noch zusätzlich berechnet werden müssten. Dies sei in dem Gespräch von diesem Tage noch einmal von der RSAG bestätigt worden. Die Stadt werde sich also in diesem Jahr noch programmatisch mit der RSAG über die Verteilung von Glascontainern im Stadtgebiet auseinandersetzen. Es solle nicht das Gefühl vermittelt werden, dass der eine Bürger übervorteilt werde, während ein anderer Bürger nicht in den Genuss oder den Vorzug eines Unterflurglascontainers komme. Sobald dieser Termin mit der RSAG stattgefunden habe, werde das Ergebnis im UPV vorgestellt. Auf der fachlichen Grundlage solle dann weiter diskutiert werden.

Frau Jung bemerkte, die Stadtverwaltung habe eine Vielzahl von Angelegenheiten und Vorhaben neben der Problematik mit den städtischen Glascontainern, die bearbeitet werden müssen. Dann müssten diese Probleme aber auch hintereinander abgearbeitet werden. Den betroffenen Bürgern müsse signalisiert werden, dass man sich dieses Standortes angenommen habe. Es sei für niemanden schön, mit der Stadtbahn in das Zentrum eines Ortsteils hineinzufahren und dann dort einen verdreckten Standort von Glascontainern zu sehen. Weiterhin sei nicht nachvollziehbar, aus welchem Grund bspw. die Interessen von potenziellen zukünftigen Bewohnern als Argument eingebracht würden, jedoch die Beschwerden von gegenwärtig konkret betroffenen Bürgern ernst genommen würden. Der andere Standort sollte jetzt mal überprüft werden. Von den Bürgern sei berichtet worden, dass sie dort nachgemessen hätten. Der potenzielle Standort sei demnach wohl größer als der aktuelle Standort in der Bachstraße. Wenn man 10.000 Euro je Standort aufwenden müsse für Unterflurcontainer, dann sollten für derartige Container endlich auch mal entsprechende Möglichkeiten für eine Finanzierung erbracht werden. An anderer Stelle werde mehr Geld ausgegeben, bspw. im Zentrum für die Sanierung des Karl-Gatzweiler-Platzes.

Herr Metz machte deutlich, dass eine Gesamtschau erstellt werden sollte, wo es mit den vorhandenen Glascontainerstandorten Probleme gäbe und wo in welcher Form dann angesetzt werden könnte. Es sollte hierfür ein entsprechendes Konzept entwickelt werden. Dabei sollten im Jahr 2019 durchaus die Standorte in der Bachstraße und im Holzweg priorisiert werden, da dort wie nun wieder deutlich geworden sei, besondere Beschwerdelagen vorlägen. Für die Zukunft sollten alle betroffenen Standorte angepackt werden.

Herr Schell gab Frau Jung dahingehend Recht, dass die Außenwirkung dieser Angelegenheit nicht positiv sei und dass der Eindruck vermieden werden solle, dass nur für bestimmte andere Sachen, z.B. die Umgestaltung des Karl-Gatzweiler-Platzes, Geld da sei. Zudem sei noch nicht rübergekommen, ob es sich hier um konsumtive oder investive Ausgaben handle.

Herr Rupp erwiderte, dass es sich um Betriebsvorrichtungen handele, daher würden sie investiv im Haushalt etatisiert, ebenso wie die Kosten, die mit der Herrichtung eines solchen Platzes verbunden wären, wie die Kosten für den Aushub etc.

Herr Schell fragte, ob kalkulatorisch mit Kosten gearbeitet würde. Es stelle sich die Frage, ob mit Bordmitteln gearbeitet werden könne bzw. ob die Stadt sich selbst um die Einrichtung von Unterflurcontainern kümmern könnte.

Herr Rupp erwiderte, dass die Stadt Sankt Augustin wohl nicht mit Bordmitteln wird arbeiten können.

Frau Bergmann-Gries pflichtete Frau Jung in ihren bisherigen Ausführungen bei und sagte, dass es am Pleiser Dreieck einen Glascontainerstandort gäbe, der dort auch wichtig sei und gebraucht würde. Dennoch sei es dort sehr unglücklich, dass die Container vor einem Heim für Jugendliche mit schwersten Behinderungen stünden. Auch dieser Standort sollte in dieser Diskussion nicht vergessen und zu Protokoll genommen werden.

Frau Jung griff nochmal auf die letzte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurück, der von den Bürgern vorgeschlagene alternative Standort an der Bachstraße solle dann genutzt werden können bzw. die Container dahin versetzt werden, wenn dieser dazu geeignet wäre. Bereits im Jahr 2015 sei dieser Standort als geeignet angesehen worden. Im Jahr 2015 sei die Aussage getätigt worden, dass sich eine Begradigung des Geländes an dem möglichen alternativen Standort nicht lohnen würde, da die Container wieder zurückversetzt werden sollen. Die Argumentation seitens der Verwaltung sei in den zurückliegenden Jahren hierzu überhaupt nicht schlüssig. Für den Bauhof sei es kein Problem, diese Container ein paar Meter zu versetzen.

Herr Kallenbach erklärte, dass die aktuelle Situation vor Ort geprüft worden sei und dass der vorgeschlagene alternative Standort von Mitarbeitern des Bauhofs ausgemessen worden sei. Dementsprechend sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Standort aktuell nicht geeignet sei. Die Maße, die dafür benötigt würden, seien nicht eingehalten.

Herr Schmitz-Porten sagte, dass wenn anschließend zu dem Haushalt beraten würde, dass dann schon eine größere Summe bereitgestellt werden solle. Es müssten alle Standorte ins Auge gefasst werden. Die Verwaltung solle konkrete Vorschläge machen für die Einrichtung von Unterflurcontainern.

Herr Metz sagte, dass der Containerstandort an der Bachstraße erst mal nicht versetzt werden und auf Prüfergebnis auf dem Bauhof vertraut werden solle. Es solle von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der RSAG geprüft werden, ob dem Problem in Hangelar noch im Jahr 2019 abgeholfen werden kann. Wenn dies nicht der Fall wäre, dann sollten die Fraktionen nochmal informiert werden und es sollte nochmal über ein Provisorium für die Container in der Bachstraße nachgedacht werden.

Herr Piela ergänzte noch, dass es in Mülldorf vor einigen Jahren (2015) eine derartige Anlage auf Privatgelände entstanden sei. Der Bauausschuss des Kreises habe diese

Anlage besichtigt. Für diese Anlage seien Aufwendungen in Höhe von 15.000 bis 20.000 Euro notwendig gewesen, für alle vier Container die dort untergebracht worden seien.

Der Bürgermeister sagte, dass dies in Niederpleis in der Nähe vom California-Hochhaus gewesen sei. Die Ergebnisse würden im übernächsten UPV dargestellt. Die Verwaltung werde sich nun zudem den Halm-Platz angucken. Dieser Standort könne dann gegebenenfalls dem Ausschuss als Alternative vorgeschlagen werden. Wenn die Mittel im Haushalt wären bzw. diese von den Fraktionen bereitgestellt würden, würde die Verwaltung dann auch schnellstmöglich tätig werden, vorausgesetzt, dass die Randbedingungen stimmen. Der Franz-Josef-Halm-Platz sei sinnvoll, da ein Wagen dort abgestellt werden könne, ohne anderen zu behindern. Die Möglichkeit, dort etwas zu machen, solle geprüft werden.